



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906**

211 (8.5.1906) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-419838](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-419838)

# General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Größte und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

### Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.  
Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegraphen-Adresse:  
„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1443  
Druckerei-Bureau (Einnahme, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition . . . . . 218

Abonnement:  
70 Pfennig monatlich.  
Beleglohn 20 Pf. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Porto  
ausschlag N. 2.48 pro Quartal.  
Eingel-Nummer 6 Pf.

Inserate:

Die Colonei-Zeile . . . 20 Pf.  
Auswärtige Inserate . . . 25  
Die Reklame-Zeile . . . 60

Nr. 211.

Dienstag, 8. Mai 1906.

(2. Mittagsblatt.)

### Rede des Oberbürgermeisters Beck

in der Sitzung der 1. Kammer der Badischen Landstände am 4. Mai 1906.

Als Referent der Budget-Kommission über das Budget des Ministeriums des Innern glaube ich die Zustimmung des hohen Hauses dazu annehmen zu dürfen, daß ich nicht nochmals die in dem Druckberichte niedergelegten Bemerkungen hier wiederhole, weil ich sie als bekannt voraussetze. Ich werde mich deshalb ganz kurz fassen und darauf beschränken, einiges in dem Druckberichte Gesagte näher zu begründen, Meinungsverschiedenheiten in der Kommission zu erwähnen und einige weitere Bemerkungen zu dem in Rede stehenden Beschlusse beizufügen.

Seit der Budgetkommission in erster Linie die Aufgabe obliegt, die Anforderungen des Ministeriums für die laufende Budgetperiode einer von strenger Sparsamkeit geleiteten Prüfung zu unterziehen, war dieselbe eine sehr leichte. Nicht eine einzige Position war zu beanstanden. Mit knapper Zurückhaltung sind alle Ausgaben bemessen und es bedurfte in der Budgetkommission wiederholt der begründeten Mahnung, es seien Mehrforderungen über das Begehren der Regierung hinaus, nicht ihres Amtes, um nicht da und dort Erhöhungen der Positionen eintreten zu lassen. Würde es vor bald einem Jahrhundert außer der Teilnahme an der Gesetzgebung und der Gewährleistung der bürgerlichen Freiheiten als eine Haupterwerbsquelle jeder Verfassungsurkunde betrachtet, daß nunmehr die Volksvertreter in anglichschem Vertrauen die Ansprüche der Regierung an die Leistungen der Steuerzahler sorgfältig prüfen und übertriebenen Anforderungen energig abweisen können und müssen, so hat sich das Verhältnis gründlich im Laufe der letzten Decennien geändert. Die Mehrforderungen sind nicht mehr die Regierung, sondern die Volksvertreter und die Steuerzahler bedürfen in den seltensten Fällen eines Schutzes gegenüber übertriebenen Anforderungen der Regierung, da ja in der Regel die Vertreter der Steuerzahler in den Parlamenten eine größere Leistungsfähigkeit und finanzielle Tragkraft unterstellen zu dürfen glauben, als selbst die Regierungen annehmen.

Gehe ich nunmehr zunächst zur Besprechung des Titels „Ministerium“ über, so ist ja — wie auch in dem anderen hohen Hause gesehen — wohl zu unterscheiden die eigentliche verwaltende Tätigkeit, in die ohne Zwang politische Gesichtspunkte kaum hineingetragen werden können, und in die politisch-politische Tätigkeit. In letzterer Beziehung wird es bei unserer heutigen Parteierläuterung kaum einem Ministerium gelingen, alle Parteien gleichmäßig und vollkommen zu befriedigen. Die freundliche Zustimmung zu seinen Maßnahmen auf der einen Seite wird in vielen Fällen fast mit Notwendigkeit die heftige Mißbilligung auf der anderen Seite auslösen, wie sich dies ja auch in wochenlangen Erörterungen im anderen hohen Hause erwiesen hat. Es ist ein Vorzug der 1. Kammer, daß ohne Aufgabe der eigenen persönlichen Stellungnahme im politischen Leben doch die leidenschaftlich erregten Wogen der Parteikämpfe vor der Pforte dieses hohen Hauses zerfallen. Und ich glaube, daß es nach der gründlichen Aussprache im anderen hohen Hause bei dieser traditionellen Gesinnungsbildung — auch nach dem Eintritte einer Anzahl auf anderer Grundlage in dies Haus gewählter Mitglieder — sein Bewenden behalten könnte. So verlockend es demnach auch wäre und so sehr es auch diese Beratungen wirren könnte, so werde ich doch ebenso gründlich auf eine nochmalige Erörterung der kirchlich-politischen Streitfrage und der Haushaltung der politischen Polizei, als auf ein oder mehrere Schäferstündchen

verzichten. Auch wird man es mir nicht verübeln, wenn ich — soweit es von mir abhängt — in letzterer Richtung nicht als Vertreter der Stadt Mannheim zu Wort kommen will, um nicht meine Unbefangenheit als Berichterstatter zu trüben. Was der verehrte Chef des Ministeriums über die Affäre denkt, was wohl in seiner Seele während der Debatten zu lesen war, was er aber im Interesse der Aufrechterhaltung der von ihm bis zur äußersten Konsequenz geschätzten Autorität nicht gerade urbi et orbi verkünden wird, ist kaum ein Geheimnis. Und auch darüber ist wohl auch der Herr Minister nicht im Zweifel, daß in Zukunft der Anekdotenhandel über vorsündflutliche literarische Zensur nicht auch noch durch Anekdoten aus dem Gebiete der musikalischen Literatur bereichert werden sollte. Hier sind für Polizei und Ministerium keine Lorbeeren zu holen und auch durch den kräftigen Faustschlag einer ministeriellen Rekursentscheidung kann man zwar dem formalen Rechtsgang im Interesse des Schutzes der Autorität der Polizeigewalt ein Ende bereiten, aber materielles Recht wird dadurch nicht geschaffen, weil sich die alle Ministerialklasse an Macht überragende einstimmige öffentliche Meinung hier die communis opinio aller Gebildeten entgegenstemmt.

Was dagegen die eigentliche Verwaltungstätigkeit des Ministeriums betrifft, so glaube ich die Zustimmung wohl des ganzen hohen Hauses sicher zu sein, wenn ich die rückhaltlose Anerkennung, die fast alleseitig im anderen hohen Hause zur Aussprache kam, auch hier Ausdruck verleihen will. Mit voller Befriedigung und Genugtuung dürfen wir die badische innere Verwaltung mit der anderer Bundesstaaten vergleichen. Wer unbefangenen den Gang der Dinge verfolgt, erkennt, daß in einer großartigen liberalen Art, nicht kleinlich und engberzig regiert wird, daß ein modern denkender Mann die Fäden des Ministeriums fest in Händen hält, keine beachtenswerte Erscheinung in unserer künftigen Entwicklungsperiode übersehend, aber allerdinge auch erfüllt und getragen von der Idee der überlegenen Staatskompetenz, die keinen Zweifel an der absoluten Korrektheit ministerieller Entscheidungen übrig läßt. Wir haben ja in Baden das seltene Glück, daß die beiden letzten Leiter des Ministeriums des Innern — der jetzige und früherer — nicht erst — wie in manchen anderen Staaten — auf dem Ministerstuhle sich von ihren Geheimräten instruieren lassen und bei ihnen Rat und Material einholen müssen, sondern daß sie beide zugleich die besten Kenner der badischen Verwaltung im letzten Menschenalter waren, die auf Grund jahrzehntelanger hervorragender Mitarbeit sowieso ihr Gebiet — wie kein anderer — beherrschten. Aber ein Mann kann nicht alles leisten und ich spreche wohl im Sinne des ganzen hohen Hauses mein schmerzliches Bedauern aus, daß ein so hervorragender Mann, eine so wichtige Stütze seines Chefs — wie Geh. Rat Heil — vor der Zeit dahingerafft wurde, und es soll nur noch der Wunsch Ausdruck finden, es möge der neu ernannte Nachfolger in voller Gesundheit sein schwieriges Amt aufnehmen.

Wende ich mich nunmehr dem wichtigsten Titel — der Bezirksverwaltung und Polizei — zu, so möchte ich einem im Budgetbericht etwas farblos ausgesprochenen Wunsche in Vertretung meiner persönlichen Meinung einen wärmeren Ausdruck geben. Es betrifft die künftige Befestigung der Amtsvorstände. Ein Teil der Kommission — die Hälfte — teilt diesen Wunsch, einige Herren zweifeln in formeller Beziehung an einem genügenden Anlaß zur Hebung des Wunsches, da kein Antrag der Regierung vorliegt, und einige Mitglieder erachten den Wunsch materiell nicht für berechtigt.

In den Städten Karlsruhe und Mannheim sind die Gehalte der Amtsvorstände befriedigend geregelt worden, mit Ausnahme der letzten Konsequenz, die aus der Gleichstellung mit den Ministerialräten noch zu ziehen ist, nämlich der Diätenfrage. Da kein Grund ersichtlich ist, dies nicht zu tun, bitte ich um Nachholung dieses letzten Schrittes. Im übrigen halte ich die derzeitige Bemessung der Gehalte der Amtsvorstände für ungenügend und halte es im Staatsinteresse für erforderlich, daß bei Aenderung des Gehaltstariifs oder bei Verzögerung desselben auch vorher eine entsprechende Befestigung erfolgt.

Ich möchte dabei angänglich vermeiden eine Gegenüberstellung der Verwaltungs-, richterlichen, Finanz- und technischen Beamten hinsichtlich der Wichtigkeit der Aufgabe, die ihnen zugehören. Die Aufgabe aller dieser Beamten ist gewachsen nach der Art und Umfang. Aber eine Eigenschaft der Amtsvorstände bedingt eine besondere Schwierigkeit und rechtfertigt eine Verbesserung ihrer Bezüge. Der Amtsvorstand ist der berufene Repräsentant der Regierung, wohl zu trennen von der heute allseitig auch von der Regierung nicht für wünschenswert erachteten Eigenschaft als politischer Agent der Regierung. Es gibt ihm diese Repräsentation einerseits eine gewisse Präponderanz, andererseits legt sie ihm eine Reihe von Pflichten auf, die mühsam und auch mit einem gewissen Aufwande verknüpft sind. Vor allem bringt es diese, seine Stellung mit sich, daß ihm vielerlei gesellschaftliche, soziale und Vereinsverpflichtungen obliegen, denen sich jeder andere Beamte in leitender Stellung entziehen kann. Wenn man erwägt, wieviel Segen aus der gesellschaftlichen Hand eines Amtsvorstandes im Bezirke erwachsen kann, wie diese entwicklungsreiche Fortschritte von ihm angezettelt und durchgeführt werden können, wie viel für die Zufriedenheit eines ganzen Bezirkes von einem klugen Mann und Hingebenen abhängt, wie wichtig es für die Staatsregierung ist, daß die Amtsvorstände das volle Vertrauen des ganzen Bezirkes besitzen, und wie viel hierin — wie bei keinem anderen Beamten — gerade von der Persönlichkeit des Amtsvorstandes abhängt, so kann man im Interesse der Wohlfahrt unseres Landes nur wünschen, daß von den Tüchtigsten und Befähigtesten sich der Verwaltung widmen, wohl war dies Ende der 60er und in den 70er Jahren der Fall, aber dann lange Jahre nicht mehr; später mußte sich die Verwaltung begnügen auch mit nicht gerade erstklassigen Kräften, wenn auch mancher darunter in der Provinz sich vorzüglich entwickelte. Von den Tüchtigsten scheiden ja auch alle diejenigen, welche ihrer speziell juristischen Neigung und Veranlagung nach sich der Richterlaufbahn zuwenden, sobald diejenigen, welche den gewaltigen Vorzug der richterlichen Unabhängigkeit mit Zug hoch einschätzen, alle diejenigen, welche in den zahlreichen höheren Richterstellen nicht mit Unrecht eine sicherere und vorzuziehendere Karriere, als in der Verwaltung erhoffen, und endlich diejenigen, welche teils selbst, teils für ihre Gattinnen dem jahrelangen Aufenthalte auf dem Lande mit Entbehrung städtischer Genüsse in den schönsten Jahren des Lebens keinen Geschmack abzugewinnen vermögen. Nicht alles hängt ab von der Bezahlung, aber doch ist eine Verbesserung nötig, weil — wie heute tatsächlich der Fall — sonst ein wirksamer Anreiz zum Zugange zu diesem mühevollen, mehr als sonst der Kritik ausgelegten Berufe fehlt.

Eine besondere Ausgabe bildet die Equipierung des Amtsvorstandes mit Uniform. Es besteht hierüber meines Wissens eine ältere bindende Vorschrift; jedenfalls aber ergibt sich aus dem Umstande, daß jeder Amtsvorstand eine solche Uniform sich anschaffte, dagegen wohl kein einziger der übrigen Verwaltungsbeamten, eine stillschweigend geschaffene Zwangslage. Es kostet eine solche Equipierung etwa 500 Mark. Ein Sechstel bis ein Viertel der ganzen Besoldung wird durch diese Ausgabe verneuert zugebracht. Auch hier vermeidet er den Klüppel und legt Nutzen an seine Stelle, mit denen, um einen ganz eigenen Effekt zu erzielen, bald heftiger, bald leiser über die Trommel getrichen wird. — Hoffentlich stützt das Konzerthaus in Offen dabei nicht ein.

### Bermischtes.

— Einwohnerzahl von Paris. Nach der am 4. März stattgehabten Volkszählung hatte Paris 2 731 728 Einwohner gegen 2 060 550 im Jahre 1901, das ist also in 5 Jahren ein Zuwachs von 71 100.

— Ein Kind mit dem Herzen außerhalb des Körpers wurde im Laufe der vergangenen Woche in New York geboren. Ein deutscher Arzt, Dr. Karl O. Winkler, hatte als Geburtshelfer fungiert und wollte durch eine Operation das regelmäßig schlagende, in der Größe ziemlich normale Herz unter die Rippen schieben, doch kam das Kind, bevor die Operation ausgeführt werden konnte. Das Eigenartige war nur, daß diese unnatürliche Lage des Herzens nicht durch irgend eine äußere Beeinträchtigung entstanden zu sein schien.

— Ihren Austritt aus der Landesstrafe haben beim Amtsgericht in Remscheid am Donnerstag 80 Personen angemeldet.

— Ein gründlicher Ein- und Ausbrecher. In Ohlons-sur-Marne unternahm ein wegen Diebstahls eingesperrter Malleur einen verwegenen Ausbruch. Von Befangenen, der über einige Dietriche verfügte, gelang es, das Weiberdepot zu öffnen, und den ihm gehörigen Privatgang sowie die ihm abgenommenen Waffen an sich zu nehmen. Darauf drang er in das Zimmer des Untersuchungsrichters, entzündete dort das ihn betreffende Aktenstück und suchte dann das Weite. Wüßte er es nicht gelungen, seiner habhaft zu werden.

### Buntes Feuilleton.

M. Sch. Aus einer alten pfälzischen Chronik. Friedrich IV. pfälzischer Kurfürst war erst 7 Jahre alt, als er 1583 Ludwig dem Radtsichtigen, dessen einziger Sohn er gewesen, in der Regierung folgte. Ludwig hatte Johann Casimir zum Erzieher dieses Sohnes bestimmt, aber wegen seiner religiösen Gesinnung gab er ihm einige seiner Räte bei, ohne deren Einwilligung er nicht über die religiöse Erziehung auszuüben vermochte. Jean Casimir lehrte sich jedoch nicht an diese Bestimmungen und behauptete, daß ihm allein laut Befehl der goldenen Bulle, die Erziehung obliege und er erzog ihn im calvinistischen Bekenntnis. Der junge Kurfürst wählte sich zu diesem Bekenntnis sehr hingezogen und sobald er mündig erklärt war und die Regierung in der Hand hatte, errichtete er eine direkte Verbindung mit der Königin von England, mit Holland und den französischen Protestanten. Dieses Betragen zog ihm den Haß der Katholiken zu. Er regierte indessen friedlich und ergriff mehrere Maßregeln um seine Staaten zu heben. Unter seiner Regierung wurde Mannheim, das ehemals nur ein Dorf gewesen, als Stadt gegründet, was in der Folge die Kurfürsten residierten. Friedrich IV. starb 1610. Er hinterließ aus seiner Ehe mit Luise Juliane von Nassau Oranien 2 Söhne: Friedrich, welcher ihm in der Regierung folgte, und Louis Philipp, dem die Vogtgrafschaften Simmern und Rautern zugeteilt wurden. Die letztere Besetzung ist jedoch im westfälischen Frieden wieder zur Kurpfalz gekommen. Dieser Louis Philipp starb 1673, ohne Hinterlassung von Nachkommen, weshalb auch die Grafschaft Simmern an das kurpfälzische Haus in Erbschaft überging.

Eine Erdbedensymphonie. Wir leben in einer Zeit der Kataklyphen, Erdbeben und Vulkanausbrüche. Was Wunder, wenn einer der modernsten unserer Musiker dem „Junge der Zeit“ folgt und eine Symphonie komponiert, in der eine regelrechte Donnermaschine vorkommt. Aus Wien wird dazu ge-

schrieben: Gustav Mahler hat seine neueste Schöpfung, seine sechste Symphonie nunmehr vollendet, und in wenigen Wochen bereits wird auf dem Musikfest zu Eisen das Werk zum ersten Mal ertönen unter persönlicher Leitung des Komponisten. Bevor Mahler jedoch seine Werke in Druck gibt, veranstaltet er jedesmal eine Korrekturprobe. Für die Probe seiner neuesten Symphonie stellten sich, wie schon früher einmal, die Wiener Philharmoniker unentgeltlich zur Verfügung, und aus ihren Kreisen gelangte nunmehr die ersten Nachrichten über Mahlers sechste Symphonie in die Öffentlichkeit. Was man da hört, legt die Vermutung nahe, aberzweifelnd einen sogar zum Teil davon, daß Gustav Mahler, der in seiner Eigenschaft als Hofoperndirektor zwar ein guter und treuer Hofbeamter ist, als Komponist jedoch beinahe anarchische Wege wandelt, in dieser neuesten Symphonie von einer kompositorischen Kühnheit war, die noch alles überbietet, was er je in dieser Beziehung sich geleistet. Ein Programm gab Gustav Mahler diesmal seiner Symphonie nicht, nicht einmal eine Andeutung über den Inhalt des Werkes ist vorhanden. Um so deutlicher spricht die Bezeichnung, die diese Symphonie verlangt. Besonders die der Schlagwerke! Etwas Ähnliches hat man noch nicht gesehen. Es sind da zu zählen: fünf Pauken, eine kleine Trommel, eine große Trommel, Cymbeln, Tamburin, Kugelröhren, Glöckchen, Glöckchen, Triangel, Xylophon, Celeste und — last not least — die Donnermaschine. Ja diese Donnermaschine! Ein Symphoniker hat sie vor Mahler wohl überhaupt noch nicht benannt, diese vieredrige Riesentrommel, die für gewöhnlich mit einem Doppel geschlagen wird. Doch Gustav Mahler genügt selbst dieser Effekt mit dem Doppel nicht und so mußte denn statt seiner ein schwerer Holzhammer genommen werden, ganz nach dem Vorbild, mit dem nun auf die Trommel gebauen wird, daß es der Eindruck erweckt, als wolle der Komponist hier ein Erdbeben maßhaltig illustrieren. Auch der großen Trommel hat Mahler eine





